

Coronavirus-Krise verschärft die Lage ungewollt Schwangerer

Expert*innen fürchten um die Situation von ungewollt Schwangeren. Lange bestehende Probleme wie eine fehlende Versorgung in Wohnnähe könnten sich jetzt verschärfen

Vanessa Gaigg, Beate Hausbichler, Oona Kroisleitner 5. April 2020, 11:00 60 Postings



Für viele ungewollt Schwangere ist ein Schwangerschaftsabbruch eine dringende medizinische Maßnahme.

Foto: Getty Images / Valentin Russanov

Akut und dringend: So lauten die aktuellen Richtlinien für medizinische Eingriffe aufgrund der Coronavirus-Krise in öffentlichen Spitälern. Doch was bedeutet das für einen Eingriff, der bis heute umkämpft ist, den Schwangerschaftsabbruch? Für viele ungewollt schwangere Frauen ist klar: Es ist akut und dringend. Die aktuelle Krise zeigt den derzeitigen Zugang zu einem Schwangerschaftsabbruch in Österreich wie durch ein Vergrößerungsglas: Keine Möglichkeit eines Abbruchs in öffentlichen Spitälern in Tirol, Vorarlberg und dem Burgenland und sehr begrenzt in den anderen Bundesländern. Frauen müssen mitunter weite Wege in Kauf nehmen, was aufgrund der eingeschränkten Mobilität derzeit auch nicht möglich ist.

Die Österreichische Gesellschaft für Familienplanung (ÖGF) warnte kürzlich davor, dass sich deshalb die Situation für ungewollt Schwangere verschärfen könnte, und fordert eine Lockerung der Bestimmungen zum medikamentösen Schwangerschaftsabbruch mit dem Präparat Mifegyne. Dessen Vergabe ist derzeit nur in einem Krankenhaus zugelassen. Die feministische Gruppe Pro Choice kritisiert neben dieser auch die "schwammigen Regelungen" für den

Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitälern. "Ungewollt Schwangere sind in einer existenziellen Krisensituation von ärztlicher Willkür abhängig."

Privilegierte Hauptstädterinnen

Die Versorgung in Wien funktioniere derzeit noch. Allerdings seien Frauen in der Hauptstadt auch "privilegiert" gegenüber jenen in den Bundesländern. In Wien werden auch während der Corona-Krise im Wilhelminenspital Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen, zudem gibt es mehrere Ambulatorien und anderen Einrichtungen, wo die Frauen hingegen können. Insgesamt verschärfe sich der Zugang zu Abbruchmöglichkeiten in Österreich jedoch massiv, sagt Christian Fiala, Gynäkologe und Leiter der Gynmed, eines Wiener Ambulatoriums für Familienplanung, das auch Schwangerschaftsabbrüche durchführt.

Die bereits bestehenden Probleme wie eine lange Anreise zu einer Klinik werden in der Krise größer. Klar sei zwar, dass auch in der Coronavirus-Krise der Schwangerschaftsabbruch als Notfallbehandlung gewertet wird und nicht als ein elektiver Eingriff, den man aufschieben kann. Probleme gebe es aber bei konkreten Einzelfällen. Etwa: "Wie sieht es aus, wenn ein Gebiet unter Quarantäne steht. Muss man das dem Polizisten an der Straßensperre sagen, dass man einen Schwangerschaftsabbruch plant? Und wird man überhaupt noch versorgt, wenn man aus einem Risikogebiet kommt?", fragt Fiala.

Aber auch wenn der eigene Wohnort nicht isoliert ist, ist die Situation besonders auf dem Land schwierig, vor allem für Frauen mit Kindern. Die Probleme seien vielschichtig, sagt Fiala: "Es geht um fehlende Kostenübernahme und eine fehlende wohnortnahe Versorgung – wenn überhaupt, dann wird ein Abbruch nur in Landeshauptstädten durchgeführt, diese Probleme haben sich durch die Coronavirus-Krise verstärkt", betont der Gynäkologe. Etwa im Burgenland gebe es keinen einzigen Arzt, der einen Abbruch durchführt. Die Frauen müssen dafür nach Wien reisen. Die "beschämende Ignoranz der Regierung gegenüber Frauen mit einer ungewollten Schwangerschaft besteht weiter. In kürzester Zeit wurde ein unglaubliches Ausmaß an Geldern lockergemacht, die natürlich nötig sind, aber wieder gehen Frauen in der Reproduktion völlig unter." Geld müsse her – für kostenlose Verhütung, aber auch für einen kostenlosen Schwangerschaftsabbruch, damit "Frauen in Krisenzeiten nicht den Preis zahlen", sagt er.

Behandlungsteam muss urteilen

In den Kärntner Spitälern finden "aufgrund der aktuellen Situation nur akute und dringend erforderliche Eingriffe und Therapien statt", sagt eine Sprecherin der Kärntner Spitäler. Schwangerschaftsabbrüche werden nicht dazugezählt und sind derzeit nur im niedergelassenen Bereich möglich. In den steirischen Landeskrankenhäusern gelte für Abbrüche derzeit dasselbe wie für alle Behandlungen, sagt ein Sprecher der Kages, des

Zusammenschlusses aller Landeskrankenhäuser: Sie werden nur in "Notsituationen" durchgeführt. Die Beurteilung obliege dem zuständigen Behandlungsteam. Was unter Notsituation verstanden werden könne? Damit seien grundsätzlich "prioritär medizinische Indikationen, also Gefahr für Gesundheit oder gar Leben der Mutter, gemeint". Ein Sprecher verweist aber darauf, dass das Gesetz es Ärzten erlaube, "soziale Indikatoren in ihre Beurteilung miteinfließen zu lassen".

Bei den Salzburger Landeskliniken heißt es, dass derzeit nur dringliche Eingriffe durchgeführt werden. Was genau unter dringliche Eingriffe subsumiert wird, konnte ein Sprecher nicht beantworten. Er verwies aber darauf, dass die Abbrüche in der Gynmed-Ambulanz durchgeführt werden, die dort offenbar mit den Landeskliniken zusammenarbeitet.

Normalbetrieb herrscht hingegen am Kepler-Uniklinikum in Linz, dort sei das Angebot nach wie vor aufrecht, und es seien auch keine Einschränkungen geplant.

Es sei natürlich wichtig, in Zeiten von Corona Ressourcen in Spitälern zu schonen, so die Aktivistinnen von Pro Choice, "aber der Preis kann nicht sein, dass ungewollt Schwangere weniger Zugang zum Abbruch haben – zumal es andere Modelle gibt". Gemeint ist damit, dass Medikamente für den medikamentösen Abbruch auch von niedergelassenen Gynäkolog*innen und Allgemeinmediziner*innen verschrieben werden könnten. Das fordert auch die ÖGF.

WHO: Essenzieller Gesundheitsdienst

Aus medizinischer Sicht sei ein medikamentöser Schwangerschaftsabbruch durch Einnahme von Mifegyne sogar schonender als ein chirurgischer. Ein medikamentöser Abbruch hat die gleichen gesundheitlichen Auswirkungen wie eine spontane Fehlgeburt. Für Pro Choice wäre ein niederschwelliger Zugang zum medikamentösen Abbruch eine "Anerkennung, dass Schwangerschaftsabbrüche zur medizinischen Basisversorgung gehören".

Diese Position vertritt auch die Weltgesundheitsorganisation. Laut WHO zählen Abbrüche zu den essenziellen Gesundheitsdiensten und Medikamente für den Abbruch zu den essenziellen Medikamenten. Und der UN-Menschenrechtsausschuss verlautbarte 2018, dass der Zugang zum sicheren Schwangerschaftsabbruch ein Menschenrecht ist. "Schwangerschaften können körperlich und psychisch extrem belastend sein, Geburten erst recht", heißt es von Pro Choice. Während der von sozialer Isolation und unsicherer Gesundheitsversorgung geprägten Coronavirus-Krise könne sich diese Belastung zusätzlich verschärfen.

Ansturm erwartet

Derzeit sei die Situation bei Anfragen in seinem Ambulatorium stabil, sagt Gynäkologe Fiala. Allerdings könnte sich das bald ändern. "Frauen sind massiv verunsichert, auch ihre Partner. Sie wissen nicht, wie es weitergeht, wir haben die höchste Arbeitslosenquote seit 1946. Die

wirtschaftliche Situation macht es für Frauen schwieriger, für den Abbruch zu zahlen." Aber auch finanziell für ein Kind zu sorgen, wenn man keinen Job oder weniger Gehalt hat, ist schwierig. "Die Menschen sind derzeit noch in Schockstarre", meint Fiala. "Ich erwarte, dass noch ein regelrechter Ansturm folgen wird." Letztlich auch deshalb, weil derzeit viele im Homeoffice mit dem Partner seien, kaum andere soziale Kontakte hätten und sich eben die Zeit vertreiben würden. "Auch Paare mit einem Kinderwunsch werden sich überlegen, ob es jetzt die richtige Zeit dafür ist."

Daher sei es jetzt besonders wichtig, dass ein "kleiner Teil dieser Summen, die die Regierung gerade verteilt, auch für die Frauen in einer ungewollten Schwangerschaft oder für ihre Verhütung bereitgestellt wird". Fialas wichtigste Forderung ist aber unabhängig von der Krise: "Der Abbruch muss straffrei sein. Dass Frauen immer noch mit einem Jahr Gefängnis bedroht werden, ist unglaublich empörend."

Probleme der Verhütung

Aber auch der Zugang zu Verhütung, deren Last Großteils die Person trägt, die auch schwanger werden kann, sei nicht einfacher geworden. "Es wird für Frauen zunehmend schwieriger, etwa eine Spirale gelegt zu bekommen, auch das Rezept für die Pille zu bekommen ist aktuell kompliziert", Fiala fordert daher die rezeptfreie Abgabe der Antibabypille. (Vanessa Gaigg, Beate Hausbichler, Oona Kroisleitner, 4.4.2020)

Link

[Pro Choice \[http://www.prochoiceaustria.at/ueberuns/\]](http://www.prochoiceaustria.at/ueberuns/)

Zum Thema:

[Deutschland droht beschränkter Zugang zu Abtreibungen](http://www.derstandard.at/story/2000116071531/deutschland-droht-beschaenakter-zugang-zu-abtreibungen)

[<http://www.derstandard.at/story/2000116071531/deutschland-droht-beschaenakter-zugang-zu-abtreibungen>]

© STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H. 2020

Alle Rechte vorbehalten. Nutzung ausschließlich für den privaten Eigenbedarf.

Eine Weiterverwendung und Reproduktion über den persönlichen Gebrauch hinaus ist nicht gestattet.